

Zehn Fragen an Ost-Berlin

Verhandlungen im Schöneberger Rathaus am 30. Juni vorgeschlagen

Berlin (Eigenbericht). Im Auftrage des Regierenden Bürgermeisters Brandt ist der Ostberliner Verwaltung ein Schreiben zugestellt worden, das zehn Fragen über die Normalisierung der Berliner Verhältnisse enthält. Im Falle einer auch nur teilweise positiven Beantwortung dieser Fragen durch die Ostberliner Stellen können am 30. Juni im Rathaus Schöneberg Verhandlungen zwischen Bevollmächtigten des Senats und den Beauftragten der Ostberliner Verwaltung stattfinden. Das Ergebnis dieser Besprechungen soll dem Abgeordnetenhaus in seiner nächstfolgenden Sitzung mitgeteilt werden. Das Schreiben an die Ostberliner Verwaltung wurde von einer Kleinen Senatskommission beraten, der Innensenator Lipschitz und Justizsenator Kielinger angehörten.

Im einzelnen wird die Ostberliner Verwaltung gefragt, ob sie bereit sei, sich bei den „Behörden der sowjetischen Besatzungszone“ für folgendes einzusetzen:

1. Freilassung der Verurteilten des 17. Juni 1953 sowie zum mindesten Begnadigung der erkrankten politischen Häftlinge.

2. Erleichtertes Genehmigungsverfahren für Besuch Westberliner bei ihren Verwandten in der Sowjetzone, Dauergenehmigung für Westberliner für Friedhofsbesuche in der Umgebung Berlins und Erleichterungen für Ostberliner bei der Ausstellung von Reise-genehmigungen nach Westdeutschland.

3. Ablösung der Wasserstraßen-nutzungsgebühren durch eine Vereinbarung über etwa auftretende Schäden bei der Errichtung des Stauwerkes in Geesthacht sowie der Autobahnbenutzungsgebühren durch eine globale Regelung zwischen den „zuständigen Verwaltungen auf beiden Seiten“.

4. Wiederzulassung der Kleingärtner und Siedler zu ihren Grundstücken in den Randgebieten Berlins sowie die Nutzung dieser Grundstücke, die seit 1952 nicht mehr betreten werden dürfen.

5. Einstellung der aus politischen Gründen getroffenen

Maßregelungen in Ostberliner Betrieben und Beseitigung der Erschwernisse für die sogenannten Grenzgänger in beiden Richtungen.

6. Beseitigung der an den Sektoren- und Zonengrenzen Berlins in letzter Zeit verschärft vorgenommenen entwürdigenden Handtaschen- und Personenkontrollen.

7. Wiederaufnahme des Telefonverkehrs zwischen beiden Teilen der Stadt.

Ferner wird die Verwaltung in Ostberlin direkt gefragt, ob sie folgenden drei weiteren Fragen zustimmen will:

8. Ungehinderter Verkauf und Bezug der im Gebiet von Berlin zur Zeit erscheinenden Zeitschriften und Zeitungen in beiden Teilen der Stadt.

9. Ungehinderter Straßenbahn- und Omnibusverkehr in ganz Berlin.

10. Beteiligung an der Klärung städtebaulicher Fragen, die ganz Berlin angehen.

Das Schreiben an die Ostberliner Verwaltung, von Regierungsrat Horst Schultze im Auftrage unterzeichnet, wurde im Ostberliner Rathaus vom Chef der Magistratskanzlei angenommen.

Ebert zeigt kalte Schulter

Vorschläge zur Normalisierung sind „ungehörig“

Der Ostberliner Magistrat hat den im Auftrage des Regierenden Bürgermeisters Brandt an die Ostberliner Verwaltung übersandten Brief mit zehn Fragen zur Normalisierung der Lage in Berlin zurückgeschickt. In einem Begleitschreiben behauptet der Chef der Ostberliner Magistratskanzlei, Bürger, der Brief des Senats sei „in Form und Inhalt ungehörig“. Er könne ihn daher nicht dem Magistrat vorlegen.

Brandt nahm während der Kundgebung zum 17. Juni zu diesem Verhalten der SED-Verwaltung Stellung. Er erklärte, „über Formfragen läßt sich reden, wenn man dadurch etwas erreicht. Es kommt auf den Inhalt an. Und da möchte ich nun gerne wissen: War es etwa un-

gehörig, daß wir die Frage nach der Freilassung der noch immer eingekerkerten Verurteilten des 17. Juni gestellt haben? War es ungehörig“, so fuhr Brandt fort, „die Frage nach Reiseerleichterungen für Westberliner in die Zone und für Ostbewohner in die Bundesrepublik zu stellen? War es etwa ungehörig, die Frage aufzuwerfen, warum 40 000 Kleingärtner und Siedler seit sechs Jahren am Betreten und der Nutzung ihrer Grundstücke gehindert werden?“

Brandt betonte, es sei bedrückend und beschämend, wie kaltschnäuzig man sich drüben über den Wunsch der Bevölkerung hinweggesetzt und eine Chance zur Erleichterung des Lebens in Berlin zunichte gemacht habe.

Unsere Chancen

K. W. B. In Deutschland hat sich ein böses Mittel der politischen Verleumdung eingebürgert: Man stellt den politisch unbequemem Gegner als einen Feind oder mindestens als Verzögerer der Wiedervereinigung hin. Die Anschuldigung hat den Wert einer moralischen Disqualifikation. Wem also mangelndes Interesse an der Wiedervereinigung nachgesagt wird, hat um seinen moralischen Ruf zu fürchten. Nur wenige sind sich noch bewußt, daß diese Verleumdungskampagne gegen die „schlechten Deutschen“ von denen her ihren Anfang genommen hat, die die tatsächlichen Verhinderer der deutschen Wiedervereinigung sind.

Als wir vor fünf Jahren den einmaligen Aufbruch der Arbeiter aus Ostberlin, Leipzig, Halle und Magdeburg erlebten, waren wir, da die Panzer der Sowjetmacht den Marsch in die Freiheit erstickten, ratlos. Wir mußten ratlos bleiben. Zum Dank schufen wir einen Feiertag — einen Feiertag, der uns seither jedes Jahr in neue Verlegenheiten stürzt.

Es ist in den fünf Jahren, die seit diesem elementaren Ereignis vergangen sind, viel darüber diskutiert worden, was wir mit dem 17. Juni in unserem Jahresablauf Sinnvolles anfangen sollten; denn Gedenkstunden, mögen sie noch so ein-drucksvoll die vergangenen und immer mehr verblassenden Stunden in die Erinnerung zurückzwingen, sind nur ein halber Dank. Sie können sogar zum Ärgernis werden, wenn sich in sie heute auch das Gift der politischen Polemik einschleicht. Die Mannheimer SPD etwa hat es abgelehnt, mit der CDU — wie bisher — eine gemeinsame Feier zum 17. Juni abzuhalten, weil sie in der Politik der CDU eine Verzögerung der Wiedervereinigung sehen will. Um den Tag des 17. Juni herum tobt in den Wahllokalen von Nordrhein-Westfalen eine raue Polemik, die die Sicherheits- und Rüstungspolitik Adenauers als Verhinderung der deutschen Einheit verfälschen möchte.

Die fünf Jahre aber, die seit dem großen 17. Juni 1953 vergangen sind, sollten wenigstens den Besonnenen Anlaß zum Nachdenken darüber sein, wieviel es bedeuten müßte, wenn wir die deutsche politische Front, die um die Freiheit der 17 Millionen Menschen in der Zone kämpft, wieder so schließen könnten, wie sie sich 1948 mit dem Beispiel Berlins in der Blockade gezeigt hatte, und wie sie auch 1953 wieder angesichts der Ereignisse in Ostberlin zusammengewachsen war. In jenen Jahren brauchte der Ruf nach einer gemeinsamen Außenpolitik nicht leer in den Parlamentssälen zu verklingen.

Warum hat sich dies so unfruchtbar verändert? Man muß das um so besorgter fragen, als inzwischen die blutige Erfahrung von Ungarn hinter uns liegt. Wäre Ungarn nicht gewesen, hätte sich gewiß der propagandistisch gelenkte Glaube eingeschlichen, das System der östlichen Unterdrückung sittige sich von Jahr zu Jahr mehr und sei auf dem Wege zu einer demokratischen Lebensform, die die Sorge um die Freiheit geringer werden lasse. Aber Ungarn ist geschehen. Und alle Erfahrungen sprechen nun dafür, daß das Verlangen nach der Freiheit mehr noch als bisher an der Spitze aller Wünsche stehen muß, die wir für unsere Landsleute in der Unfreiheit heute haben müssen.

Die Zone hat sich in diesen fünf Jahren seit dem 17. Juni verändert. Ihre Menschen sind eng und vielmaschiger an das Satellitensystem und an die integrale Ordnung des Kommunismus gebunden worden. Sicherlich haben sich ihre Lebensbedingungen seitdem etwas verbessert. Da wir eben das zehnjährige Jubiläum der Währungsreform und also der Wirtschaftsfreiheit erleben, empfinden wir, was es den Zonen-Deutschen bedeuten muß, jetzt erst auf die Lebensmittelkarten verzichten zu können. Wir haben auch die mancherlei Ansätze beobachtet, die unter dem Stichwort „Liberalisierung“ nach Stalins Tod in der Zone bemerkbar wurden. Doch wir konnten dazu beobachten, daß die Lockerungen, die sich hier

und da ankündigen mochten, durchweg nur Ventile waren. An anderen Stellen wurden immer wieder und sogar immer rigorosere die Auswege verstopft. Die Fluchtbewegung der Wissenschaftler und Intellektuellen gerade der letzten Monate ist nur ein Hinweis. Die Heftigkeit, mit der den Kirchen in der Zone immer quälender zugesetzt wird, zeigt eine andere Linie des Systems, das wohl einmal Tauwetter, Koexistenz und Liberalisierung ankündigen mag, aber in all diesen Luftablassungen nur Spielarten der totalen Menschenbeherrschung und Freiheitsberaubung praktiziert.

Manche dieser Spielarten der kommunistischen Beherrschung haben sich als Wege zur „deutschen Einheit“ angeboten. Keiner davon erwies sich als gangbar, — bis zu jenen konstruierten Ausgeburten einer demagogischen Phantasie, wie sie unter der Bezeichnung „Konföderation“ bekanntgeworden sind.

Die deutschen Chancen haben sich durch eine solche Politik nicht verringert. Sie sind, auf längere Sicht gesehen, nur greifbarer geworden. Deutschland ist immun geblieben gegen die vordergründige sowjetische Absicht, das ganze Deutschland zum politischen Vorfeld seiner Europa- und Weltpolitik zu machen. Natürlich ist es ein riesiges Unternehmen, der sowjetischen Weltmacht durch eine konsequente politische Linie dieses Ziel vorzuenthalten. Aber in der Unbeirrbarkeit, mit der dies bisher allen nationalen und nationalistischen Sentiments zum Trotz gelungen ist, muß den Sowjets einmal der Gedanke an die Partnerschaft mit einem Deutschland in ganzer Freiheit vertraut werden.

Die Sache der deutschen Freiheit ist an kein Rezept gebunden, — ebensowenig, wie der 17. Juni wiederholbar ist. Die Wiedervereinigung kann also nicht am politischen Reißbrett vorher geplant werden. Alle Mittel der Politik und der Diplomatie, wie immer sie auch dem politischen Zuschauer in der Öffentlichkeit erscheinen oder verborgen bleiben mögen, sind diesem Ziel zugewandt;

Viermächte-Kommission für deutsche Frage

Österreichischer Besuch läßt alten Gedanken in Bonn wiederaufleben

W. Bonn (Eigenbericht). Im Zusammenhang mit der geplanten Gipfelkonferenz ist der Gedanke aufgetaucht, der Sowjetregierung die Einrichtung einer Viermächte-Kommission zur Erörterung der deutschen Frage vorzuschlagen. Es ist möglich, daß die Bundesregierung diese Anregung an die Regierungen der drei Westmächte herusträgt. Bundeskanzler Dr. Adenauer und Bundesaußenminister Dr. von Brentano hatten in Bonn Besprechungen mit dem österreichischen Außenminister Dr. Figl, bei denen dieser Vorschlag behandelt wurde, den der österreichische Bundeskanzler Dr. Raab vor einigen Wochen bei seinem Besuch in Washington zur Diskussion gestellt hatte. Figl befand sich in Bonn, um die Ratifizierungsurkunden über den deutsch-österreichischen Vermögensvertrag auszutauschen.

Auch im Auswärtigen Ausschuß des Bundestages steht ein ähnlicher Plan zur Diskussion. Die FDP-Fraktion des Bundestages hatte in der letzten außenpolitischen Aussprache angeregt, ein Viermächte-Gremium zur Ausarbeitung eines „Vertrages für Deutschland“ einzusetzen. Der Antrag wurde dem Auswärtigen Ausschuß zur weiteren Behandlung überwiesen und steht jetzt dort zur Beratung an. Es ist denkbar, daß der Bundestag der Bundesregierung einen entsprechenden Vorschlag macht. Man verspricht sich davon zwar keinen unmittelbaren Erfolg in bezug auf die Wiedervereinigung Deutschlands, aber die außenpolitischen Fachleute geben dem österreichischen Bundeskanzler recht, der mehrfach darauf hingewiesen hat, daß es jahrelanger Verhandlungen in einer Viermächte-Kommission bedürfte, um schließlich den österreichischen Friedensvertrag zustande zu bringen.

Haltung Moskaus ungewiß

Ob die Sowjetregierung auf einen solchen Vorschlag eingehen würde, ist vorläufig noch unklar. Sie hat bekanntlich eine Behandlung des Problems der Wiedervereinigung Deutschlands auf der Gipfelkonferenz abgelehnt und statt dessen die Ausarbeitung eines Friedensvertrages vorgeschlagen. Gegen die Fertigstellung eines Friedensvertrages ohne vorherige Wiedervereinigung bestehen in Bonn nach wie vor die stärksten Bedenken. Aber wenn nun davon gesprochen wird, daß die Viermächte-

Kommission einen „Vertrag für Deutschland“ ausarbeiten solle, so handelt es sich gewissermaßen um einen Kompromiß, da die Natur des Vertrages zunächst offenbleibt. Bei einigem guten Willen könnte die Sowjetregierung darauf vielleicht eingehen. Die Viermächte-Kommission, der Vertreter der Vereinigten Staaten, der Sowjetunion, Großbritannien und Frankreichs angehören würden, könnte dann selbst über den Inhalt eines solchen Vertrages beraten. Immerhin hätte man damit ein Gremium, das sich immer wieder mit der Lösung

der deutschen Frage beschäftigen müßte.

Bonn bleibt zurückhaltend

Nach wie vor herrscht in den maßgebenden Bonner Kreisen die größte Zurückhaltung gegenüber Moskau. So ist es auch noch keineswegs eine beschlossene Sache, daß im Oktober eine zwölfköpfige Delegation des Bundestags in die Sowjetunion reist. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion dürfte zwar in dieser Woche ihre prinzipielle Zustimmung dazu geben, aber ob die Reise tatsächlich erfolgt, hängt noch von der politischen Entwicklung der nächsten Monate ab. Unter anderem wird in CDU-Kreisen darauf hingewiesen, daß die gegenwärtige brutale Unterdrückung der Kirchen in der Sowjetzone eine Reise nach Moskau erschwere. Es scheint außerdem, daß von CDU-Seite gewisse Absprachen über das Verhalten der zwölf Reisetilnehmer in Moskau angestrebt werden, damit die Sowjets nicht etwa einen Keil in die deutsche Delegation treiben können.

Konfirmation — Militärsorge

Schwierige Beratungen des Rates der EKD in Berlin

Berlin (epd/dpa). Der Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland hat sich auf seiner Berliner Tagung mit dem Militärsorge-Vertrag und mit der kirchlichen Lage befaßt. Die von der Gesamtdeutschen Synode gewünschte Überprüfung des Militärsorge-Vertrages mit der Bundesrepublik fand ihren Niederschlag in der Einsetzung eines Ausschusses, der unter der Leitung von Vizepräsident Luecking (Bielefeld) stehen wird. Gleichzeitig setzte der Rat einen Ausschuß für die Fragen der Konfirmation ein, dessen Vorsitz Präses Dr. Beckmann (Düsseldorf) übernahm.

Die Synode der Kirchenprovinz Sachsen hat in der Streitfrage Konfirmation—Jugendweihe auf ihrer letzten Tagung in Halle für das Jahr 1959 eine Übergangsregelung beschlossen. Danach sollen Jugendliche, die sich zur Jugendweihe angemel-

det oder an ihr teilgenommen haben, nicht zum Abendmahl zugelassen werden, sofern sie sich nicht von dem in der Jugendweihe geforderten atheistischen Versprechen gelöst haben. Maßnahmen der Kirchenzucht sollen künftig gegen Teilnehmer der Jugendweihe nicht mehr angewendet und gegen die Eltern dieser Jugendlichen nur dann ergriffen werden, wenn eine öffentliche Ablehnung oder Verhöhnung des christlichen Glaubens vorliegt. Desgleichen wird Schülern, die zur Jugendweihe gehen wollen, ermöglicht werden, an der christlichen Unterweisung und auch an einem abschließenden Gemeindegottesdienst zur Prüfung der Konfirmanden teilzunehmen. Die Konfirmation als solche wird auch in der neuen Form jedoch nur denen vorbehalten bleiben, die nicht an der Jugendweihe teilnehmen.

Flucht von Wissenschaftlern

Neun Assistenten der Sowjet-Zone baten um politisches Asyl

Berlin (Eigenbericht). Über eine neue größere Fluchtbewegung unter den Assistenten der Sowjetzonen-Universitäten berichtet das Informationsbüro West. Nach bisher unvollständigen Unterlagen haben wieder neun Oberassistenten und Assistenten in Westberlin und in der Bundesrepublik um politisches Asyl ersucht.

Die mathematisch-naturwissenschaftliche Fakultät der Ernst-Moritz-Arndt-Universität in Greifswald ist am stärksten betroffen. Die Fakultät hat die wissenschaftlichen Assistenten Dr. Karl Lenz, Dr. Gerhard und Dr. Edith Schleizer, Dr. Otto Kühnert und Dr. Hans Jochen Strauß verloren. Von der Karl-Marx-Universität Leipzig sind die wissenschaftlichen Assistenten Günther Hoske, Gottfried Gröhe, Hans Peter Hempel und Dr. Günther Riehl geflüchtet. Die Räte der Fakultäten sollen ihren ehemaligen Mitarbeitern inzwischen die akademischen Grade aberkannt haben.

Ulbricht greift ein

Die seit Monaten anhaltende Flucht von Wissenschaftlern hat den ersten Sekretär der SED, Walter Ulbricht, offensichtlich veranlaßt, vor dem Zentralkomitee der Partei für mehr Geduld in der Frage der Erziehung der Intelligenz zum Sozialismus zu plädieren.

In seiner Mitte der Woche vor dem ZK gehaltenen Rede, die am Sonnabend im Zentralorgan „Neues Deutschland“ auszugsweise veröffentlicht wurde, kommt Ulbricht zu dem Schluß, „daß manche Genossen an den Hochschulen und Universitäten nicht imstande waren, ein richtiges Vertrauensverhältnis zur Intelligenz zu bekommen“. Der Parteisekretär polemisierte gegen die Partei- und FDJ-Agitatoren, die oft nicht das geistige Niveau hätten, um mit der Intelligenz zu argumentieren. Die Genossen schüttelten in ihrer an und für sich richtigen Polemik gegen die Trennung von Wissenschaft und Politik „das Kind mit dem Bade aus“, anstatt die wissenschaftliche Arbeit zu fördern.

Es sei „im gegenwärtigen Stadium“ nicht unbedingt notwendig, sagte Ulbricht, „daß, wenn de Gaulle in Paris an

die Regierung kommt, in jedem Fakultätsrat und in jedem Senat ein Beschluß gegen de Gaulle angenommen wird“, wie das an der Ostberliner Humboldt-Universität geschehen sei. Überzeugung durch persönliche Gespräche sei wichtiger.

Einige Genossen hätten auf die bürgerlichen Professoren

gedrückt und von ihnen verlangt, sie sollten die Studenten zu Sozialisten erziehen. „Das können manche nicht. Das ist doch unmöglich.“ Erziehung der Erzieher sei richtig. Von Parteifunktionären und FDJ-Mitgliedern an den Universitäten verlangte der erste Parteisekretär, ihr Bildungsniveau „in schnellem Tempo zu heben“. Ulbricht bezog sich in seiner Rede vor dem Zentralkomitee auf die Oberschule „Das Graue Kloster“ in Ostberlin, von der 27 Prozent der Schulabgänger nach Westberlin oder in die Bundesrepublik gingen.

Von „Freiheitssender“ keine Spur

Ein Schwede fragt — Zonen-Rundfunk hat keine Ahnung

ska. Berlin (Eigenbericht). Offenbar gibt es in der Zone Propaganda-Institutionen, die so illegal sind, daß sie noch nicht einmal die Verantwortlichen von Radio DDR kennen. Allerdings ist es wahrscheinlicher, daß sie sie nicht kennen dürfen. Aber der Sender Freies Berlin hat nun die undankbare Aufgabe, dieses schwierige Problem einem Ausländer brieflich auseinanderzusetzen.

Vor einigen Wochen erhielt der SFB das Schreiben eines Schweden, der offenbar Amateurfunker ist. Er hat um die Adresse des ominösen Deutschen Freiheitssenders 904, dem er gerne eine der zwischen den Amateurfunkern in aller Welt gebräuchlichen Karten schicken wolle.

Der „Deutsche Freiheitssender“ ist ein — auch was die Wellenbenutzung betrifft — illegaler Sender, der mit einer Mischung von heißer Musik und politischen Kommentaren, östliche Propaganda im Bundesgebiet zu verbreiten sucht.

Der SFB schrieb dem Schweden, daß in Westberlin die Anschrift dieses Senders, der vermutlich der staatlichen Rundfunkkontrolle der Zone untersteht, nicht bekannt sei. Unverdrossen wandte sich daraufhin der schwedische Amateurfunker an „Radio DDR“, und

die Antwort, die er von dort erhielt, übersandte er nun dem Sender Freies Berlin.

In dem Antwortbrief von „Radio DDR“ steht nämlich kurz und bündig: „Da uns die Anschrift des Deutschen Freiheitssenders leider nicht bekannt ist, reichen wir Ihnen Ihr Schreiben zurück.“

Der Schwede hat nun erneut den SFB gebeten, ihm zu helfen. Er kann offensichtlich und verständlicherweise nicht begreifen, daß etwas, was er gehört hat, amtlich gar nicht vorhanden sein soll.

Dulles: Gipfelkonferenz in weiter Ferne

Washington (dpa/ap). Die Veröffentlichung des letzten Chrutschow-Briefes über die geplante Gipfelkonferenz bedeutet wahrscheinlich das Ende der diplomatischen Vorbesprechungen in Moskau. Das erklärte der amerikanische Außenminister Dulles auf einer Pressekonferenz. Der Brief deute an, daß die Sowjetunion nicht bereit sei, sich mit Fragen zu befassen, die von den westlichen Botschaftern im Meinungsaustausch mit dem sowjetischen Außenminister Gromyko erörtert wurden.

Konsumgüter dringend verlangt, aber ...

Aufzeichnungen über Ereignisse und Stimmungen in Mitteldeutschland

B. Berlin (Eigenbericht)

Den „Tag des Eisenbahners“ konnten unsere Landsleute in der Zone feiern. Die Eisenbahner demonstrierten in manchen Städten durch die Straßen, voran ihre Kampfgruppen mit Gewehren. Es mutete die Bevölkerung eigenartig an, Eisenbahner, und unter ihnen charmante Mädchen in Uniform, deren Aufgabe eine gute Beförderung von Menschen und Gütern ist, mit Gewehren einherziehen zu sehen. Nachmittags fanden dafür Volksfeste statt. — Dieser Tag wird wie viele andere Ereignisse — zuletzt die Aufhebung der Rationierung — zum Anlaß genommen, Produktionserhöhungen zu fordern und die Menschen mit sozialistischen Ideen vertraut zu machen.

MAGDEBURG

Auch hier dasselbe Dilemma. Die Herstellung von Massenbedarfsgütern ist ungenügend. Ebenfalls stockend vollzieht sich das Nationale Aufbauwerk in Magdeburg. Bis Ende Mai wurden durch das Aufbauwerk Werte in Höhe von 375 000 DM geschaffen. Um aber die Verpflichtung von 1,8 Mill. DM zu halten, müssen jetzt wöchentlich für 280 000 DM Werte geschaffen werden. Die beteiligten „freiwilligen“ Aufbauhelfer fragen sich kopfschüttelnd, wie sie in einer Woche beinahe drei Viertel von dem schaffen sollen, was sie bisher in fünf Monaten leisteten.

HALLE

Auch hier Flaute in der Herstellung von Konsumgütern. Das Braunkohlenwerk Großkayna verpflichtete sich, in diesem Jahr für 2½ Mill. DM Massenbedarfsgüter herzustellen, bis jetzt ist nicht für eine einzige D-Mark produziert worden. Die Leunawerke „Walter Ulbricht“ wollten für beinahe 4 Mill. DM Massenbedarfsgüter produzieren, Ergebnis bis jetzt: null. Die Sodawerke „Karl Marx“, Bernburg, verpflichteten sich, für 150 000 DM Massenbedarfsgüter zu produzieren, Ergebnis eben-

falls: null. Die Filmfabrik Agfa, Wolfen, konnte ihre Verpflichtung von 2½ Mill. DM bis zum 31. Mai mit 822 000 DM erfüllen. Die SED-Zeitung „Einheit“ ist über diese Zustände empört. Die Werksleitungen schaffen nicht einmal das Soll der normalen Produktion und sind über diese nebenherlaufende Sonderproduktion, oft aus Abfällen, ebenfalls empört.

Skandal im VEB Pouch: Das Werk lieferte einen Teil seiner Fairboote und Zelte ohne die Angabe „VEB“ ins Ausland und nach Westdeutschland. Jetzt wird gegen diese „kapitalistischen Geschäftsmethoden“ scharf geschossen. Die Partei wurde im VEB Pouch ihrer Aufgabe als „Motor, als führender Kraft nicht gerecht“. Daher muß jetzt schnell das 35. Plenum der SED ausgewertet werden. „In einer Zeit, in der wir bestrebt sind, das Weltniveau zu erreichen, ist ein Zurückweichen vor dem kapitalistischen Ausland besonders schädlich.“

LEIPZIG

An den Hochschulen Leipzigs wird wie an allen anderen Hochschulen der Zone das Studium des dialektischen Materialismus zur Pflicht gemacht. Bisher sei er nach dem Prinzip der Freiwilligkeit studiert worden. Jetzt müsse er bewußt in den einzelnen Fachrichtungen angewandt werden. „Dies erfordert große Geduld und echtes, wissenschaftliches Herangehen“, meint die „Leipziger Volkszeitung“. Von der politischen Arbeit hätten sich die wissenschaftlichen Kader jedoch noch ferngehalten. — Auch in der Gewerkschaft ist nicht alles so, wie es sein soll. Bei vielen Funktionären der IG Metall gibt es eine ungenügende Verbindung zu den Arbeitern. Und wenn es zu prinzipiellen Auseinandersetzungen kommt, zeigt sich bei ihnen ein starkes Ausweichen. Ein BGL-Vorsitzender erklärte ganz offen, daß er „Manschetten davor hat“, mit den Arbeitern über die Steigerung der Arbeitsproduktivität und die Ent-

wicklung des Lohnes zu sprechen.

Massenbedarfsgüter werden dringend gebraucht. Vor allem nach Aufhebung der Rationierung und dem Versprechen der SED, für eine Steigerung des Lebensstandards zu sorgen, hat auf diesem Gebiet einiges zu geschehen. — Wie die „Leipziger Volkszeitung“ feststellt, herrscht aber bei verschiedenen Werksleitungen noch keine Klarheit darüber, was überhaupt Massenbedarfsgüter sind. So haben einige Betriebe zwar Sackhebegeräte und Brennholzkreissägen gebaut. Aber Brotschneidemaschinen werden nicht hergestellt und fehlen. Als falsch wird die Ansicht bezeichnet, daß ein Betrieb lieber mehr Exportgüter herstellen möchte, für die dann Massenbedarfsgüter importiert werden könnten. Er soll sich nun umstellen und neben den Maschinen, die er herstellt, auch noch Brotschneidemaschinen produzieren.

Eskimo-Wanderung

Washington (ap). Die Eskimos sind nach Ansicht des amerikanischen Ethnologen Dr. Henry B. Collins von Smithsonian-Institut aus den wärmeren Klimazonen Europas und Asiens in die arktischen Gebiete Nordamerikas ausgewandert. Collins will den Beweis für diese Theorie aus intensiven Studien der Periode der mittleren Steinzeit gewonnen haben. Wie er erklärt, erinnern Erzeugnisse der frühen Eskimokultur stark an primitive Werkzeuge, die in Europa aus der Steinzeit aufgefunden wurden.

Der sowjetische Archäologe Okladnikov soll in der Nähe des Baikalsees und an der oberen Lena in Sibirien wichtige Hinweise dafür gefunden haben, daß sich die frühesten Eskimos in diesen Gebieten ansiedelten.

Herausgeber: Deutschland-Verlag GmbH., Berlin-Tempelhof 1, Manfred-von-Richtofen-Str. 2.

Das „algerische Mirakel“

Was denken die Menschen auf den Straßen von Algier?

Von unserem nach Algier entsandten Pariser Korrespondenten

R. Algier, im Juni

Im Regierungsgebäude, von dessen Balkon aus de Gaulle zu der Menge sprechen sollte, herrschte Hochbetrieb. Hier waren die Spitzen der Gesellschaft versammelt, hohe Beamte, führende Persönlichkeiten der Bevölkerung und ihre Damen. Unten flutete das unübersehbare Gewoge der Hunderttausende. „Mollet au poteau!“ („Mollet an den Galgen!“) krächzte plötzlich eine heisere Stimme, und Tausende pflanzten den Ruf weiter. Die Menge suchte sich zufällig diesen Minister ihres Abgottes aus. Dadurch wurde eine gewisse Abwechslung gebracht in das durch viele Stunden doch monoton gewordene „Algerie française!“

Die Ehrengäste im Zimmer hinter dem Balkon hielten mit ihren Betrachtungen nicht zurück. Im Gegenteil. Manche trompeteten ihre Bemerkungen heraus, als wollten sie damit die anwesenden Journalisten beeindrucken. „Kann da noch etwas widerstehen?“ fragte einer herausfordernd, mit der Hand auf das unten tobende Menschenmeer weisend. Ich dachte an Soustelle, an Lacoste, an Mollet, die alle hergekommen waren, um liberale Lösungen zu finden und nach ein paar Stunden dem Argument der Siedehitze dieser Menge erlagen. „Das sagt nicht alles“, wagte ich dennoch einzuwenden. „Sagt nicht alles?“ wiederholte mißbilligend mein Gegenüber. „Frankreich muß folgen, es kann einfach nicht anders. Was will es gegen eine solche Menge?“

„Die Armee mit uns“

„Wenn ein Teil Frankreichs folgen würde, würde der andere sich erheben“, gab ich zu bedenken. „Wir haben die Armee mit uns“, kam es überlegen zurück. „Drüben aber ist die ganze Arbeiterschaft, nicht nur die kommunistische, auch die sozialistische, die christliche, dazu noch weite Schichten der übrigen Bevölkerung“, meinte ich warnend. „Dann ist es eben der Bürgerkrieg“, und überhaupt die Christlichen! Die

können mir gestohlen bleiben! Einen Kommunisten kann man eher bekehren als den Duval!“ (Erzbischof Duval hat durch sein Eintreten für eine menschliche Behandlung der muslimanischen Bevölkerung den Zorn der „Ultras“ auf sich gezogen.)

Furchtloser Taxifahrer

Einer der Anwesenden zog mich ins Gespräch. Seine nachdenkliche Miene zeigte deutlich, daß er den hier vorherrschenden Ton mißbilligte. Ihm stelle ich die Frage nach dem „Algerischen Mirakel“, dieser plötzlichen Bekehrung der Muselmanen zu einem französischen Algerien gerade in dem Augenblick, da der Fanatismus der europäischen Bevölkerung nie gekannte Hitzegrade erreichte. „Wissen Sie“, meinte er verlegen, „es würde Stunden brauchen, um das zu erklären.“

Viel rascher hat mein Taxifahrer das Wunder erklärt. Ich war erstaunt über die Furchtlosigkeit, mit der er zu einem unbekanntem Fremden sprach: „Man schickt eine Anzahl Militärlastwagen ins Landesinnere, die Soldaten forderten zum Einsteigen auf. Die Leute fürchteten, sich durch eine Weigerung Repressalien auszusetzen. In der Stadt gibt man ihnen Fahnen und sagt, was sie zu tun haben.“

Ein besonderes Kapitel des algerischen Wunders ist die Lossagung der algerischen Frauen vom Schleier. „Damit haben sie“, so erklärten mir algerische Franzosen, „ihre Emanzipation verlangt. Sie wollen Frauen sein wie die Französinen. Es ist ihr Bekenntnis zu Frankreich.“ Ich gab zu bedenken: „Auch in Marokko, in Tunesien haben viele Frauen ihre Schleier abgeworfen. Es war aber gerade das Bekenntnis zur nationalen Unabhängigkeit.“ Man klärte mich auf, es habe hier einen anderen Sinn.

Die Dinge liegen aber wieder nicht so einfach, wie die einen oder die anderen glauben machen wollen. Ein Teil der muselmanischen Bevölkerung

ist bestimmt für die Erhaltung der französischen Herrschaft. Da sind die ehemaligen Frontkämpfer, die im Falle einer Änderung nicht nur für ihre Pension und ihre Stellung, sondern auch für ihr Leben fürchten. Es sind nicht wenige. Da ist die ziemlich breite Schicht der muselmanischen Bourgeoisie, deren wirtschaftliche Position in der französischen Ordnung verankert ist.

Mit Kriegsauszeichnungen

Nicht nur die früheren Frontkämpfer stecken ihre Kriegsauszeichnungen an, sondern auch ihre Frauen oder Witwen, um sich Vertrauen zu schaffen. Wenn sie keine Auszeichnungen haben, führen sie Stahlhelme spazieren, um sich mit ihrer guten Gesinnung auszuweisen. Da ist die große Zahl der Mitläufer, wahrscheinlich die Mehrheit der Bevölkerung, die immer auf seiten der Stärkeren steht. Keine dieser Schichten aber hat je über das Schicksal einer Volksbewegung entschieden.

Verehrung für de Gaulle

Wo immer ich mich umhörte, auch bei den Muselmanen, die sich gegen die französische Herrschaft stellen, wurde ein Name immer mit Achtung, oft mit Bewunderung, ausgesprochen: de Gaulle. Die gleichen Erfahrungen hatte ich schon früher selbst mit führenden Männern der Aufständischen gemacht. Auffallend war, daß bei der Fahrt vom Flugplatz nach Oran, etwa 15 Kilometer, wo die Journalisten dem Wagen de Gaulles knapp folgten, lange Strecken der Straße überhaupt nicht bewacht waren oder keinen stärkeren Schutz zeigten, als es in irgendeinem geordneten Staate Europas für die Ankunft des Landesvaters üblich ist.

Zu welchen Schlüssen führen die Beobachtungen in Algerien? Daß de Gaulle zweifellos eher als irgendein anderer französischer Staatsmann inmunde ist, das Land zur Befriedung zu führen. Das bedeutet aber noch lange nicht, daß diesem Ziel nicht noch ungeheure Hindernisse entgegenstehen.

Peking vergleicht Tito mit Judas

Der jugoslawische Staatschef antwortete erstmalig seinen Widersachern

Peking/Belgrad (dpa). In Peking wurden am Montag erneut heftige Angriffe gegen die jugoslawische Parteiführung veröffentlicht, nachdem erst am Sonntag zahlreiche polemische Artikel gegen den jugoslawischen „Revisionismus“ erschienen waren. Einer der führenden Propagandisten der chinesischen KP, Chen Po-Ta, schrieb in der theoretischen Zeitschrift des Pekinger Zentralkomitees „Rote Fahne“ im Zusammenhang mit der amerikanischen Wirtschaftshilfe für Jugoslawien: „Unbestreitbare Tatsache ist, daß Tito für die Imperialisten in der Tat wertvoller als Judas ist. Judas erhielt nur 30 Silberlinge. Der Preis, den die amerikanischen Imperialisten Tito zahlen, ist Hunderte von Millionen höher als diese Zahl. Darüber hinaus ist noch

ein anderer Unterschied zwischen ihnen. Judas verrät den einzigen Jesus, Tito verrät das jugoslawische Volk.“

„Wir fühlen uns im Recht und sind uns bewußt, daß wir auf dem richtigen Weg zum Aufbau des Sozialismus sind. Wir werden kaltblütig bleiben und nicht in die beschimpfende Sprache der Gegenseite verfallen.“ Mit diesen Worten ging Staatspräsident Tito am Sonntag zum erstenmal auf einer öffentlichen Kundgebung in dem istrischen Kohlenrevier von Labin auf die jüngsten Angriffe des Ostblocks ein. Von Beifallstürmen häufig unterbrochen wies Tito die Angriffe zurück, die vor allem die chinesischen Kommunisten und Chruschtschow gegen Jugoslawien geführt haben.

des Weltraums, die Verminderung ausländischer Truppen auf dem Gebiet Deutschlands und innerhalb der anderen europäischen Länder.

Den Abschluß eines deutschen Friedensvertrages,

Die Verhinderung eines Überraschungsangriffs von einem Staat gegen den anderen.

Maßnahmen zur Erweiterung des internationalen Handels, die Entwicklung der Beziehungen und Kontakte zwischen den Ländern, die Beendigung des Propagandakrieges, der Feindseligkeit und Feindschaft zwischen den Nationen, und die Beratung über Wege zur Entspannung im Nahen Osten,

Sowjetbotschafter nach Moskau

Washington hält Sachverständigen-Konferenz für gesichert

Moskau/Washington (dpa/ap). Die Sowjetunion hat ihre Botschafter in Washington, London und Paris nach Moskau berufen. Westliche Beobachter in der sowjetischen Hauptstadt sind der Ansicht, daß die Gründe für die überraschende Reise auf außenpolitischem Gebiet liegen, während ein Regierungssprecher erklärte, es handele sich um eine reine Routineangelegenheit.

Außenminister Gromyko empfing am Montag erneut die Botschafter der drei Westmächte zu getrennten Besprechungen über die Vorbereitung der Gipfelkonferenz.

London (ap). Der Moskauer Rundfunk veröffentlichte am Montagabend die sowjetischen Vorschläge für die Tagesordnung einer Gipfelkonferenz zwischen Ost und West. Der Vorschlag sieht die Behandlung folgender Themen vor:

Die sofortige Einstellung der Atom- und Wasserstoffbombenversuche.

Das Verbot der Anwendung von Atom-, Wasserstoff- und Raketenwaffen.

Die Schaffung einer atom- und raketenwaffenfreien Zone in Mitteleuropa.

Den Abschluß eines Nichtangriffspaktes zwischen den Staaten.

Das Verbot der Benutzung des Weltraums für militärische Zwecke.

Die Auflösung aller Militärstützpunkte in fremden Ländern und die internationale Zusammenarbeit bei der Untersuchung

Filmfestspiele ohne Sowjets

Berlin (dpa). Die Sowjetunion wird nicht an den 8. Internationalen Filmfestspielen Berlin vom 27. Juni bis 8. Juli teilnehmen. Dies teilte am Montag auf Anfrage in Westberlin der exklusive Handelspartner des sowjetischen Filmverleihs, der „Sovexport“, ohne Angabe einer Begründung mit. Wie der Filmverleiher berichtete, sei die Einladung des Auswärtigen Amtes zur Teilnahme an den Berliner Filmfestspielen nie eingegangen.

Nach Mitteilung der Filmfestspielleitung wurde diese Einladung am 14. April vom deutschen Botschafter in Moskau im sowjetischen Außenministerium übergeben. Man habe bis jetzt noch mit der Möglichkeit einer sowjetischen Teilnahme gerechnet. Damit wäre die Sowjetunion zum erstenmal auf einer offiziellen kulturellen Veranstaltung in Westberlin vertreten gewesen. Im vorigen Jahr hatte sie am Eröffnungstage der Filmfestspiele dagegen protestiert, nicht eingeladen worden zu sein.

In unterrichteten Kreisen in Westberlin wird angenommen, daß die Sowjetzonenbehörden in Moskau interveniert haben, um eine Teilnahme der Sowjetunion an einer repräsentativen Veranstaltung in Westberlin zu verhindern.

Sowjet-Stars gemäßregelt

Moskau (ap). Das sowjetische Kulturministerium hat nach den Angaben der Zeitschrift „Sowjetkultur“ erneut einen seiner periodisch wiederkehrenden Feldzüge gegen „unsittliches und unmoralisches Benehmen sowie gegen den Hochmut und den Snobismus der schöpferischen Intelligenz“ in die Wege geleitet. Der schon einmal zurechtgewiesene Schauspieler Druschnikow und sein Kollege Martinson mußten ins Ministerium kommen und dort versprechen, nie wieder „den Ruf sowjetischer Künstler zu beschmutzen“.



DAS BILD DER WOCHE: So war es am 17. Juni 1953 vor dem Brandenburger Tor. Begeisterte Freiheitskämpfer waren auf das Brandenburger Tor gestiegen, hatten die rote Fahne eingeholt und an ihrer Stelle das deutsche Banner Schwarz-Rot-Gold gehißt. Im Vordergrund grüßen Kämpfer des 17. Juni auf dem Gebiet des Ostsektors die deutschen Farben. Auch in diesem Jahr gedachten Zehntausende von Westberlinern des heldenmütigen Freiheitskampfes unserer Landsleute in Ostberlin und in der Zone. Ihre Forderung lautete in dem Augenblick, als das Terrorurteil gegen die Führer des ungarischen Freiheitskampfes bekanntgegeben wurde: „Gebt endlich nach fünf Jahren unseren deutschen Freiheitskämpfern die Freiheit wieder!“